

Gletscherinitiative

Ja oder Nein?

Im November 2019 wurde die sogenannte Gletscherinitiative eingereicht. Diese verlangt eine Senkung der Treibhausgasemissionen in der Schweiz auf Netto Null bis 2050. Aus der Sicht der SAB ist diese Initiative zu radikal und hätte erhebliche Einschränkungen für die Berggebiete zur Folge. Die SAB unterstützt demgegenüber den direkten Gegenentwurf des Bundesrates.

Thomas Egger – SAB – Seilerstrasse 4 – Bern

Das Klima wandelt sich. Um das festzustellen, braucht es keine illegale Demo auf dem Bundesplatz, dafür reicht ein Blick auf die sich zurückziehenden Gletscher in unseren Bergen. Gletscher sind ein für alle deutlich sichtbarer Gradmesser für den Klimawandel. Sie sind ein Symbol für den Klimawandel schlichthin. So ist es denn auch kein Wunder, dass im November 2019 eine Volksinitiative für die Gletscher eingereicht wurde. Mit dem formellen Titel «Für ein gesundes Klima» sagt die Initiative klar, um was es geht: die Weiterentwicklung der Klimapolitik nach 2030. Die Treibhausgasemissionen

in der Schweiz sollen bis ins Jahr 2050 auf Netto Null sinken. Fossile Brenn- und Treibstoffe werden in der Schweiz ab 2050 verboten und die Massnahmen sollen vollumfänglich im Inland erfolgen. Die Initiative geht damit wesentlich weiter als das CO₂-Gesetz, welches in der Herbstsession 2020 vom Parlament zu Ende beraten wurde. Das revidierte Gesetz sieht eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 50% gegenüber dem Stand 1990 bis 2030 vor. Bis zu 25% der Reduktionsmassnahmen dürfen im Ausland erfolgen.

Gegenvorschlag

Zwar will auch der Bundesrat die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf Netto Null senken, doch für ihn sind die Forderungen der Initiative zu radikal. Er setzt der Volksinitiative deshalb einen direkten Gegenvorschlag gegenüber. Er verzichtet darin auf ein absolutes Verbot von fossilen Brenn- und Treibstoffen. Deren Verbrauch ist soweit zu vermindern, als dies technisch möglich, wirtschaftlich tragbar und mit der Sicherheit und dem Schutz der Bevölkerung vereinbar ist. Wie die Initiative betont der Bundesrat die Bedeutung von Treibhausgassenken und der Instrumente der Innovations- und Technologieförderung. Die Massnahmen sollen dazu beitragen, die Volkswirtschaft zu stärken und sie sollen sozialverträglich sein. Im Gegensatz zur Initiative betont der Gegenvorschlag aber, dass die besondere Situation der Berg- und Randgebiete berücksichtigt werden muss. Und gerade dies ist der zentrale Punkt für die SAB.

Keine doppelte Belastung

Der Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen für die Berggebiete. Die Berggebiete sind in der Schweiz wie auch in anderen Ländern besonders von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Zu nennen sind beispielsweise die negativen Auswirkungen auf den (Winter-)Tourismus, die Produktionseinbussen bei der Wasserkraft und die Zunahme von Naturgefahrenereignissen. Doch auch allfällige Emissi-



Die SAB ist der Ansicht, dass die Gletscherinitiative zu extrem ist. Sie bevorzugt deshalb den Gegenvorschlag des Bundesrates. (Rhonegletscher – Jambib)

onsreduktionsmassnahmen können die Berggebiete negativ treffen. Die Transportdistanzen im Berggebiet sind z.B. auf Grund der Topographie und Lage zu den Zentren sowie des Auseinanderklaffens von Wohn- und Arbeitsort wesentlich grösser als im Mittelland. Eine Verteuerung der Mobilität etwa durch eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen würde deshalb die Berggebiete weiter benachteiligen.

Innovationsförderung statt Verbote

Angesichts ihrer hohen Betroffenheit haben die Berggebiete ein fundamentales Interesse an einer Weiterentwicklung der Klimapolitik. Dabei darf es aber nicht zu der erwähnten doppelten Belastung kommen. Massnahmen müssen deshalb immer auf ihre Auswirkungen auf die Berggebiete geprüft werden. Grundsätzlich sollte vor allem auf Anreize und Innovationsförderung und weniger auf Regulierungen und Verbote gesetzt werden. So muss aus Sicht der SAB z.B. die Innovationsförderung im Tourismus verstärkt werden, um neue Angebote und Dienstleistungen auf den Markt bringen zu können. Ziel muss es ein, die Abhängigkeit vom Wintertourismus zu reduzieren und zu einem echten Vier-Saison-Tourismus zu gelangen. Ganz grundsätzlich muss das Engagement des Bundes für Klimawandelanpassungsmassnahmen wesentlich verstärkt werden. Der neu geschaffene Klimafonds muss entsprechend ausgestaltet werden.

Fazit

Der Bundesrat hat in seinem direkten Gegenvorschlag anerkannt, dass ein vollständiger Verzicht auf fossile Brenn- und Treibstoffe nicht machbar ist und dass auch Reduktionsmassnahmen im Ausland ange-rechnet werden können. Der Bundesrat hat zudem richtigerweise die besondere Situation der Berg- und Randgebiete erkannt und in den Verfassungstext eingebaut. Zentrale Anliegen der SAB sind damit erfüllt. Die SAB kann unter diesen Prämissen dem direkten Gegenvorschlag des Bundesrates zustimmen. Die Gletscherinitiative selber geht hingegen zu weit und ist zu radikal in ihren Konsequenzen. Weder trägt sie der

besonderen Situation der Berg- und Randgebiete Rechnung noch sieht sie die Möglichkeit von Massnahmen im Ausland vor.

RÉSUMÉ

Faut-il accepter ou rejeter l'initiative pour les glaciers ?

L'initiative populaire « pour les glaciers » a abouti en novembre 2019. Ce texte concerne une thématique qui touche particulièrement les régions de montagnes, soit : le réchauffement climatique et ses effets. Ces derniers ont des répercussions importantes au niveau des activités touristiques, de la production d'énergie, de la protection contre la survenue de catastrophes naturelles, etc. Face à ce constat, il est nécessaire d'agir. Toutefois, la proposition figurant dans l'initiative pour les glaciers est à la fois trop extrême et peu réaliste. Elle demande que les émissions de gaz à effet de serre soient réduites à zéro d'ici 2050. De plus, les combustibles fossiles devront être totalement interdits d'ici 2050. De telles mesures pénaliseraient lourdement les régions de montagnes. En raison de leur emplacement géographique et de leur topographie, ces régions seraient fortement impactées par un renchérissement de la mobilité. C'est pourquoi le SAB préfère l'introduction de mesures incitatives, ainsi que la promotion de solutions basées sur l'innovation (notamment pour le secteur touristique). Par conséquent, le SAB soutient le contre-projet du Conseil fédéral. Ce dernier vise aussi à réduire les émissions de gaz à effet de serre à zéro d'ici 2050, mais tout en ne prévoyant pas une interdiction absolue des combustibles et des carburants fossiles. Ce projet prévoit plutôt une réduction de leur consommation, lorsque c'est techniquement possible, viable économiquement et compatible avec les besoins de la population. D'autre part, contrairement à l'initiative populaire, le projet du Conseil fédéral prend en compte la situation particulière des régions de montagnes et rurales.

RIASSUNTO

Dovremmo accettare o respingere l'iniziativa per i ghiacciai ?

L'iniziativa popolare « per i ghiacciai » si è conclusa a novembre del 2019. Questo testo tratta una tematica che tocca particolarmente le regioni di montagna, ossia : il riscaldamento climatico ed i suoi effetti. Questi ultimi hanno delle ripercussioni importanti a livello delle attività turistiche, della produzione di energia, della protezione contro il verificarsi di catastrofi naturali, ecc. Di fronte a questo, è necessario agire. Tuttavia, la proposta che figura nell'iniziativa per i ghiacciai è nello stesso tempo troppo estrema e poco realista. Richiede che le emissioni dei gas ad effetto serra siano ridotte a zero entro il 2050. Inoltre, i combustibili fossili dovranno essere totalmente vietati entro il 2050. Tali misure penalizzerebbero fortemente le regioni di montagna. A causa della loro posizione geografica e della loro topografia, queste regioni sarebbero fortemente influenzate da una maggiore mobilità. Per questo motivo il SAB preferisce l'introduzione di incentivi, nonché la promozione di soluzioni basate sull'innovazione (in particolare per il settore turistico). Di conseguenza, il SAB sostiene il controprogetto del Consiglio federale. Quest'ultimo ha inoltre lo scopo di ridurre le emissioni dei gas ad effetto serra entro il 2050, ma non include un divieto assoluto dei combustibili e dei carburanti fossili. Questo progetto prevede piuttosto una riduzione del loro consumo, ove tecnicamente possibile, economicamente sostenibile e compatibile con i bisogni della popolazione. D'altra parte, contrariamente all'iniziativa popolare, il progetto del Consiglio federale tiene conto della situazione particolare delle regioni di montagna e rurali.